

son, das die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur aufzuheben und zu vermeiden wäre, sondern daß sie die Gelegenheit ergreifen müssen, um einen gesunden Plan aufzustellen, der die Meinungen und die Einigkeit der alliierten Regierungen jedem Zweifel entzöge.

Wenn die Alliierten in der Frage der Reparationen eine gesunde Front darstellen, so wäre ihnen damit die Macht gegeben, die Wiederherstellung Europas zu beschleunigen. Wenn dies mißlänge, dann würde Europa von einer Krise in die andere taumeln. Eine Lösung könne nicht gefunden werden durch Annahme von Zugeständnissen, die nur im Interesse eines der Alliierten und nicht im Interesse eines der anderen anerkannt und das jeder sich über die gemeinsame Gefahr klar sei. Eine Stärkung der Entente dazu die einzige Sicherheit gegen die Gefahren, die Europa immer noch bedrohen. Niemals sei die Stabilität ihrer Einigkeit größer gewesen als jetzt.

Frankreich bekräftigt Zwischenschritte
Bei der Durchreise Mussolinis.

„Journal“ meldet: Der Vizepräsident des Seine-Departements hat die für die Durchreise Mussolinis beabsichtigten Umzüge und öffentlichen Versammlungen der Syndikalisten und Kommunisten verboten. Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiterklasse, gegen die Gewaltspolitik Poincarés am Sonntag und Sonntag in ganz Frankreich zu protestieren. Die Mitgestalten in den Pariser Bahnhöfen wahrnehmbaren Sicherungsmaßnahmen lassen annehmen, daß die Regierung mit ersten Zwischenschritten rechnet. Der „Temps“ meldet die Ausweisung von über 55 Ausländern, die bei einer Hausdurchsuchung im Büro der Kommunisten angetroffen wurden, darunter auch Russen und fünf Deutsche.

Zum Fall Ingolstadt.

Das Reich springt für Bayern ein.
Die Reichsregierung ist von der anfänglichen Ansicht, die von der Entente geforderte finanzielle Sühne der Städte Passau und Ingolstadt einem internationalen Schiedsgericht in Genf oder im Haag zur Entscheidung zu überweisen, abgekommen. Sie beabsichtigt jetzt nicht nur die geforderte moralische Genugtuung zu geben, sondern auch die finanzielle Forderung von einer Million Goldmark zu erfüllen. Die Reichsregierung will damit vor allem die Interessen der Rheinländer wahrnehmen, deren Schicksal durch eine Verweigerung der Genugtuung auf Schwere bedroht wäre. Soweit wird sie die Billigung aller finden, die nicht auf alle Fälle einen gewaltsamen Zusammenstoß mit der Entente herbeiführen wollen; aber die Frage ist, ob das Reich auf die Dauer Provokationen der bayerischen Nationalisten noch nachträglich mit barem Gelde bezahlen soll und vor allem, ob die bayerische Regierung, von der doch gerechte Entschuldigungsversuche gefordert wurden, diese zu leisten beabsichtigt oder nicht.

Aus Lausanne.

Türkische Forderungen.
In der Sitzung des Ausschusses für territoriale Angelegenheiten wies am Freitag Jemal Pascha die geforderte Entmilitarisierung der Meerengen von Konstantinopel zurück mit der Begründung, daß die Türkei nicht auf das Recht verzichten könne, im Falle eines Krieges zwischen den Uferstaaten des Mittelmeeres und des Schwarzen Meeres ihr Oberhoheitsgebiet unabhängig zu verteidigen. Die Türkei fordere:
1. daß Konstantinopel am Marmarameer gegen jeden Angriff vom Lande und vom Meere her gesichert werde.
2. daß die Streikkräfte, die sich ins Schwarze Meer begeben, darauf beschränkt werden, daß sie die Entmilitarisierungszone zwischen den beiden Meerengen und dem Schwarzen Meer nicht gefährden.
3. daß im Schwarzen Meer keine Kriegsschiffe unterhalten werden.
4. freie Durchfahrt der Handelschiffe in Friedens- und Kriegszeiten.

Aus Rußland.

Wendungen Krassin über das deutsch-russische Verhältnis.
Ein Korrespondent der „Wostokischen Zeitung“ hat in Rom mit Krassin eine Unterredung, wobei dieser über den Rapallovertrag sich folgendermaßen äußerte: Wir vor kurzem hatten wie den Eindruck großer Unentschiedenheit in Berlin, die Jäger, die durch jenen Vertrag geöffneten Türen wirklich zu öffnen, doch gemann ich bei meinem jüngsten Besuch in Berlin den Eindruck, daß die Dinge nunmehr mit klareren und selbstverständlicherem Willen angepaßt werden.
Auf die zweite Frage, ob der Rapallovertrag den Deutschen in Rußland eine bevorzugte Stellung verschafft habe, beantwortete Krassin: In Rußland ist niemand bevorzugt. Jeder Ausländer hat die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten wie der Rußland. Die Einstellung eines Botschafters nach Moskau hat jedoch allgemein in der öffentlichen Meinung den Eindruck eines offiziellen Entgegenkommens Deutschlands gefördert. Dies konnte nicht ohne Einfluß auf die russische Einstellung unseres Volkes bleiben.
Auf die Frage, welche Ergebnisse die deutsche Kolonisation in Rußland erzielt habe, erwiderte Krassin, daß das System mit Krasnojarsk, der größte Siedlerort in Rußland gepachtet hätte, zunächst durch die dauernde Wertentwertung unausführbar geblieben sei. Es sei aber jetzt durch Beteiligung englischen Kapitals in der Ausföhrung begriffen und verspreche ein erfolgreiches Beispiel zu werden.

Hungernot in Rußland zu erwarten.
Wenn Rußland heute ernstlich beabsichtigt, Getreide zu exportieren, so kann nur die Hälfte davon nach Europa und die Welt zu fließen. Das Ausland soll damit nur ernährt werden, Wertungen zur russischen Wirtschaft zu gewinnen. In Wirklichkeit stehen wir in Rußland wie vor einem Jahre vor einer furchtbaren Hungernot! Bei vorläufiger Schätzung wird die Zahl der Hungernden 6 oder 7 Millionen Menschen ausmachen. Im Süden und Südosten hat anhaltende Dürre und Hitze die anfangs nicht ungünstigen Aussichten vernichtet. Im Nordwesten haben anhaltende Regengüsse 60 Prozent der Ernte vernichtet. Aber auch die Anbaufläche ist an sich viel zu gering. Ausdrücklich, d. h. etwas über mittelmäßig ist die Ernte nur in Zentralrußland, der Nordukraine und im Nordkaukasus, sonst überall ungenügend. Außerst kritisch ist die Lage in den Gouvernements Katerininsk, Donezgebiet, Krim, Wjatska, Samara, Odesa. Hier hat das Sterben bereits eingesetzt. In Ocheron haben 80 Prozent der Bevölkerung bereits die Stadt verlassen. Es wird hier wie in vorigen Jahre eine Million Wanderung der Hungernden und Sterbenden einsetzen. Nach amtlichen Berichten hungern in der Südukraine, Krim, Wolga und im Uralgebiet schon sechs Millionen Menschen. Rußland geht einem furchtbaren Winter entgegen.

Fortschritte der deutschen Interessenvertretung in Rußland.
In den letzten Tagen hatte der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau eingehende Besprechungen mit dem zur Vertretung nach Moskau gekommenen deutschen Generalkonsul in der Ukraine Geh. Mit den Besprechungen ist ein weiterer Schritt zur einheitlichen Vertretung der deutschen Interessen in Rußland getan. Der deutsche Generalkonsul ist nach Charkow zurückgekehrt.

Die bayerische Industrie gegen die fortgesetzte Frachterhöhung.

Schon wiederholt hat sich die bayerische Industrie gegen das vom Reichsverkehrsminister geübte Verfahren der schematischen Erhöhung der Gütertarife ohne Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage und ohne grundlegende Veränderung der ganzen Eisenbahnverwaltungspolitik ausgesprochen. Neuerdings hat nun auch die bayerische Industrie zu dieser Frage Stellung genommen und der Bayerische Industriellenverband hat der bayerischen Staatsregierung mitgeteilt, daß er angesichts der katastrophalen Entwicklung der Eisenbahngütertarife der Zukunft der bayerischen Industrie mit schwerer Sorge entgegensteht. Bei der ungünstigen geographischen Lage Bayerns und seiner großen Entfernung von den Rohstoffgebieten wirken sich die Frachten als eine unerträglich werdende Vorbelastung der bayerischen Industrie aus, deren Wettbewerbsfähigkeit dadurch langsam aufhöre. Vom Reichsverkehrsministerium, das ausschließlich von fiskalischen und finanziellen Gesichtspunkten beherrscht und außerdem von der norddeutschen Industrie beeinflusst werde, seien durchgreifende Maßnahmen zur Verringerung der bayerischen Not nicht zu erwarten. Der Verband richtet deshalb an die bayerische Staatsregierung die Bitte, gemeinsam mit den Regierungen von Württemberg und Baden beim Reichskanzler vorstellig zu werden und diesen zu bitten, daß er im Interesse einer föderalistischen Regierung im Reich auf die Lebensbedürfnisse der süddeutschen Staaten Rücksicht nehme und auf den Reichsverkehrsminister dahin einwirke, daß den Süddeutschen die unbedingt notwendige Staffelfürung der Tarife und Ausnahmetarife bewilligt werden. Das Reich hat auf diese Weise Gelegenheit, zu zeigen, daß es den Fristenfragen des Südens Verständnis entgegenbringt; wird diese Gelegenheit verfaßmt, so können sich hieraus unabsehbare Folgen entwickeln.
Wenn die bayerische Industrie auch nicht ganz Unrecht hat, so spricht doch aus dem ganzen Ton eben der echte Haß, der nach wie vor im Norden, in Preußen, das „feindliche Ausland“ erblickt.

Ankommensteuer 1922/1923.

Der Steuerauschuß des Reichstages legte am Donnerstag folgende Einkommensteuerläge für 1922 fest:

Für die ersten angefangen, od. vollen Wk.	800 000	10%
„ „ weiteren „ „ „ „	800 000	15%
„ „ „ „ „ „ „	400 000	20%
„ „ „ „ „ „ „	500 000	25%
„ „ „ „ „ „ „	500 000	30%
„ „ „ „ „ „ „	500 000	35%
„ „ „ „ „ „ „	1 000 000	40%
„ „ „ „ „ „ „	1 000 000	45%
„ „ „ „ „ „ „	1 500 000	50%
„ „ „ „ „ „ „	1 500 000	55%
weitere Beträge		60%

Abzugsfähig sind: Sterbekassenbeiträge bis zu 2000 Mark; Lebensversicherungsbeiträge usw. bis zu 18 000 Mark; für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau, bis zu einem Einkommen von 800 000 Mark. Je 840 Mark und für die Kinder 610 Mark bei einem Einkommen bis zu einer Million Mark.

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Sätze:

Für die erste angefangene oder volle 1 Million	10%
Für die weitere angefangene oder volle Million	15%
„ „ „ „ „ „ „	20%
„ „ weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen	25%
„ „ „ „ „ „ „	30%
„ „ „ „ „ „ „	35%
„ „ „ „ „ „ „	40%
„ „ „ „ „ „ „	45%
„ „ „ „ „ „ „	50%
„ „ „ „ „ „ „	55%
für die weiteren Beträge	60%

Die Sterbekassenbeiträge bis zu 8000 Mark und die Lebensversicherungsbeiträge usw. bis zu 48 000 Mark sind abzugsfähig. Die Ehefrau für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden auf 2400 Mark bei einem Einkommen bis zu 1 Million Mark und für Kinder auf 1200 Mark bei einem Einkommen bis zu 2 Millionen Mark herabgesetzt.

Die Gründe der Brotpreiserhöhung.

Am 4. Dezember ist ein neuer Preis für das Roggenbrot in Kraft getreten, der in den Haushaltungen sehr höher ist, und darum naturgemäß stark beprochen wird. Die Gründe für die Veräußerung des Preises liegen allgemein in der zunehmenden Entwertung des Geldes. Im einzelnen regelt sich der Brotpreis folgendermaßen:
Die Grundlage bildet der Preis, zu dem die Reichsbrotbestells das Brotgetreide an die Kommunen abgibt. Dieser Preis betrug bisher im Durchschnitt ca. 80 000 Mark. Der Preis reicht zur Deckung für die Auslagen der Reichsbrotbestells nicht mehr aus, in erster Linie, weil die Preise für das Auslandgetreide ganz außerordentlich gestiegen sind. (Zur Versorgung der Bevölkerung mit Marktbrot wird ja bekanntlich Getreide aus dem Ausland und dem Inlande im annähernd gleichen Verhältnis verwendet.) Im September betrug die Preise für das Auslandgetreide noch ca. 68 000 Mark für Roggen und 69 000 Mark für Weizen. Im Oktober waren diese Preise bereits auf 122 000 Mark und 126 000 Mark gestiegen, um dann im November sofort auf 224 000 Mark für Roggen und 205 000 Mark für Weizen zu steigen, der Weizenpreis ging sogar auf über 400 000 Mark. Das angeführte dieser enormen Steigerung der Reichsbrotbestells von 80 000 Mark nicht mehr beibehalten werden konnte, kann nicht bezweifelt werden. Der Umlagepreis spielt gegenüber den starken Erhöhungen des Auslandgetreides eine untergeordnete Rolle. Das Reichskabinett hat dieser Entwicklung Rechnung getragen und die Erhöhung der Umlagepreise auf 90 000 Mark der Tonne beschlossen. Dadurch ist eine Erhöhung des Brotpreises bedingt. Wenn diese Erhöhung auch erheblich zurückbleibt, hinter den Erhöhungen anderer Preise und wenn man auch anerkennen muß, daß durch die Umlage es noch möglich ist, den Preis im Verhältnis niedriger zu halten, als die übrigen Preise, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Erhöhung in den Familien schmerzlich empfunden wird. Sie ist eine unvermeidliche Folge der Marktentwertung.

Kleine politische Meldungen

Amerikanische Dr. Wright. Der frühere Reichskanzler Dr. Wright, an den eine Einladung von den Vereinigten Staaten zu einer Vortragstournee ergangen ist, beabsichtigt, dieser Einladung Folge zu leisten und zwar Anfang nächsten Jahres.
Veränderung der Kapitalmarktbestimmungen. Der 11. Ausschuß des Reichstages beriet den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht, der mit einer Reihe von Veränderungen angenommen wurde. Die Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes ist bis zum 31. Dezember 1924 verlängert worden. Die Regelung der Besetzung des Depotwagens und der Wiederherstellung des Bankgeheimnisses bleibt einem besonderen Gesetz vorbehalten.
Rheinlandfrage in Berlin. Der Reichsverband der Rheinländer hielt am Freitag eine große Versammlung im Reichstage ab, um für das Verbleiben und die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reich zu demonstrieren. Dr. Sorge war der Redner für die Industrie, Reichsminister a. D. Bissel für die freien Gewerkschaften, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wiedek für die christlichen Gewerkschaften, Dr. Trone für die Landwirtschaft, Dr. Derrmann für das Handwerk und den Mittelstand. Die Begrüßung durch den Reichstag hatte einer seiner Vizepräsidenten, Geheimrat Dr. Riezler, übernommen.
Verdoppelung der Post- und Telegraphengebühren. Am Postgebührenausschuß des Reichstages wurde die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren nach den Vorschlägen des Reichsrates, die im wesentlichen eine Verdoppelung der bisherigen Gebühren vorsehen, angenommen. Ein Antrag, die Postgebühren nur um die Hälfte, sondern auf ein Drittel zu ermäßigen wurde abgelehnt. Der von der Regierung geforderte Erhöhungssatz für den Fernsprecher in Höhe von 2000 Prozent wurde nach längerer Aussprache angenommen.
Neues Attentat in Irland. Der hervorragende irische Abgeordnete Sean Haies wurde auf dem Wege zur Sitzung des irischen Parlamentes in Dublin von einer Bande von Männern erschossen. Der in seiner Begleitung befindliche Abgeordnete Patrick O'Malley, der stellvertretende Präsident des Landtages, wurde verwundet.
Das spanische Kabinett. Das spanische liberale Kabinett unter Garcia Prieto gebildet worden, der jetzt den Fürst Marquis de Alarcos führt. Er erhielt diesen Titel im Jahre 1912 für den Abschluß des Marokkovertrages mit Frankreich. Außenminister wird Alca. Alca hat im Sommer Deutschland besucht um die politischen und wirtschaftlichen Fragen an Ort und Stelle zu studieren. Da er als bekannter und kluger Wirtschaftspolitiker gilt, ist zu hoffen, daß der nun immer nicht beigelegte Konflikt zwischen Deutschland und Spanien unter ihm eine verständliche Lösung findet. Bekanntlich ist, daß das Kabinett sich nur auf ein Drittel der Kammerstützen kann, Neuwahlen also kaum vermeiden werden können.
Der Sultan nach Malta. Wie die „Morning Post“ am 4. Raito meldet, hat der türkische Sultan die Einladung des Königs Hussein, in Malta Aufbruch zu nehmen, angenommen. Der Sultan wird bereits in den nächsten Tagen von Malta dorthin abreisen.
Es ist möglich, daß die Abreise des ehemaligen Sultans mit den Streikunruhen auf Malta in Zusammenhang zu bringen ist.

Don Stadt und Land.

Was ist?
Es geht! Und wie! — Wollen wir nicht die alljährlich mehrere Male neue Ereignis mit ein paar Beilen wärbigen?
Freilich, alle werden diese Chancen nicht für wert halten, daß sie auch noch in der Zeitung groß erwähnt wird. Zum Beispiel die Eisenbahn, die jetzt einen schweren Kienf haben, oder die zahllosen Arbeiter, die 1/2 Uhr auf den Bahnhöfen sitzen, fast alle in dem besonnenen Trab, damit sie nur ja den Zug nicht veräumen — und die dann auf einmal warten müssen und immer wieder warten, ehe nur der Arbeiterzug zusammengestellt werden kann. Und die dann jeder vorübergehenden Lokomotive jubeln: „Bei Brängt er denn unsere Wog noch net! Du o Getraße, wäng den dich Schnee!“
Aber es gibt doch auch Menschen, die trotz Kohlenmangel und unermesslichen Anstrengungen-Epidemie, trotz